FDP Frankfurt am Main

# „KOALITION UND MAGISTRAT HABEN BEI DER AUFKLÄRUNG DER AWO-AFFÄRE KOLLEKTIV VERSAGT“

16.10.2020

„Der Druck von der Stadt auf die Arbeiterwohlfahrt Frankfurt und auch auf ihren Bundesverband muss endlich drastisch verstärkt werden“, fordert **Yanki Pürsün**, der sozialpolitische Sprecher der FDP-Römerfraktion und begründet: „Es kann nicht einfach hingenommen werden, dass Auskunftsbitten des Revisionsamtes von der AWO Frankfurt zurückgewiesen werden oder bei der Weitergabe von Informationen anscheinend gemauert wird. Was mich jedoch noch mehr erschüttert, ist das Verhalten von Koalition und Magistrat, die sich das bisher gefallen lassen.“ Und obwohl Forderungen der Stadt verjähren könnten, nehme die Stadt wieder höhere Zahlungen an die AWO vor. Diese Affäre müsse Folgen haben. Es könne nicht einfach so weitergehen wie bisher. Koalition und Magistrat müssten sich dringend Gedanken machen, wie so etwas in Zukunft verhindert werden könne. „Und dafür benötigen wir eine detaillierte Aufklärung der Vorgänge“, betont Yanki Pürsün und ergänzt verärgert: „Und genau das wird verhindert: Wichtige Anträge und Anfragen von uns Freien Demokraten, die zur Aufklärung der Affäre beitragen sollen, werden von der Koalition abgelehnt oder vom Magistrat und dem Oberbürgermeister meist äußerst dürftig beantwortet. Warum bremst die Koalition seit Dezember die Aufklärung und schützt die AWO Frankfurt somit vor den Konsequenzen? Wie kann man so ein Verhalten den Bürgern unserer Stadt und den vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern bei der AWO und in anderen Sozialverbänden erklären? Es muss auch bei der Stadt eine lückenlose Aufklärung stattfinden, das sind wir den Bürgern, die uns mit ihrer Stimme ihr Vertrauen gegeben haben, schuldig.“

Abgerufen am 22.11.2026 unter https://fdp-frankfurt.de/?p=3112